

**Wenn der Damm bricht und der Rubel (trotzdem) rollt
Trotz massiver Menschenrechts- und Umweltvergehen fördern europäische TOP-Banken
kontroverse Rohstoffunternehmen uneingeschränkt mit 100 Mrd. Euro.**

(Berlin/Münster) SPERRFRIST - 11.5.2018 08:00 - Anlässlich der Vorstellung des neuen [Dirty Profits 6 MINING](#) Berichts beklagt Facing Finance, dass europäischen Top Banken, darunter auch die Deutsche Bank und die DZ-Bank, trotz gravierender Verstöße von Bergbauunternehmen gegen Umweltauflagen, Arbeits- und Menschenrechte in diese investieren und sie weiterhin umfassend finanzieren.

„Obwohl Facing Finance und viele weitere NGOs seit fast 10 Jahren auf die anhaltenden Verstöße von Bergbauunternehmen hinweisen, wurden und werden deren problematische Geschäftsmodelle von europäischen Banken mit zweistelligen Milliardensummen gefördert“, kritisiert Thomas Küchenmeister, geschäftsführender Vorstand von Facing Finance. Banken müssen endlich transparenter werden, mehr Verantwortung übernehmen und sicherstellen, dass auch das Geld ihrer Kunden nicht zur Finanzierung von verantwortungslosen Rohstoffunternehmen missbraucht wird“, so Küchenmeister.

Der Bericht dokumentiert Verstöße von Bergbauunternehmen wie die Kontaminierung von Land, Wasser und Luft, aber auch Gewalt, Drohungen und Einschüchterung der lokalen Bevölkerungen, Verstöße gegen Arbeitsrechte oder Zwangsarbeit. Hinzu kommen mangelnde Entschädigungen für von der Industrie verursachte Umweltkatastrophen, wie im Falle des Dammbrechens der Samarco Mine (Brasilien) im Jahr 2015.

„Die Dammbüche von Mariana (Brasilien) oder Buenavista del Cobre (Mexiko) zeigen, wie wenig die Rohstoffindustrie Menschen- und Umweltrechte achtet. Selbst bei der schwersten Bergbaukatastrophe der Geschichte drücken sich die Unternehmen um ihre Verantwortung, die Opfer angemessen zu entschädigen“, sagt Susanne Friess, Co-Autorin des Dirty Profits Berichtes und Bergbau-Expertin bei Misereor. Verantwortlich für diese beiden Mega- Katastrophen sind die Bergbauunternehmen Vale, BHP Billiton bzw. Grupo Mexico.

Entgegen der Behauptungen der Banken, zunehmend ihre ökologischen und sozialen Unternehmensführungs-Richtlinien zu verbessern und auf Vorfälle und Verstöße von Unternehmen zu achten, zeigt der Bericht, dass die zehn ausgewählten Banken nicht davor zurückschreckten, die verantwortungslosesten Unternehmen umfassend zu finanzieren.

„Fast ein Drittel (32 Mrd. Euro) des gesamten Kapitals, welches die Banken zwischen 2010 und 2017 den ausgewählten Rohstoffunternehmen zur Verfügung gestellt haben, ging nachweislich an Unternehmen, die über sehr schlechte Umwelt- und Sozialstandards verfügen und die auch nicht zu den Vorwürfen Stellung nahmen“, beklagt Lesley Burdock von Facing Finance, Projektleiterin und Autorin des „Dirty Profits“ Berichtes. Zu diesen sehr schlecht bewerteten Unternehmen gehören Grupo Mexiko, Gazprom, Barrick Gold, Goldcorp und Eni.

Die Deutsche Bank stellte im Untersuchungszeitraum fast 4 Milliarden Euro für die Aktivitäten der Unternehmen Gazprom und Eni zur Verfügung. Beide Unternehmen beteiligen sich an hochriskanten Ölbohrungen in der Arktis. Die Deutsche Bank hält zudem die umfassendsten Beteiligungen an den untersuchten Rohstoffunternehmen. Die umfangreichste Versorgung mit Kapital entfiel auf die französischen Banken BNP Paribas und Credit Agricole und auf die englische Barclays, die niedrigste auf die DZ Bank und die niederländische Rabobank.

Zwischen 2010 und 2017 stellten die Deutschen Bank und die DZ Bank dem umstrittenen Bergbaugiganten Glencore fast 3,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Das Unternehmen Vale, mitverantwortlich für den Dambruch der Samarco Mine, erhielt sogar 2017 und nach der Umweltkatastrophe noch 111 Millionen Euro von der Deutschen Bank. Die DZ Bank hingegen stellte für die untersuchten Unternehmen die geringsten Mittel zur Verfügung (1,3 Mrd. Euro).

In einer [begleitenden Untersuchung](#) zum Rohstoffsektor allgemein stellte Facing Finance zudem fest, dass auch insgesamt 21 der von Kirchenbanken angebotenen Fonds in Wertpapiere von Rohstoffunternehmen investieren, die wiederholt wegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in die Kritik geraten sind. „Auch Kirchenbanken sollten die von Ihnen angebotenen Fonds genau prüfen und hohe Maßstäbe an Unternehmen und deren Respekt für Menschenrechte sowie Klima- und Umweltschutz anwenden“, sagt Thomas Küchenmeister. Insgesamt wurden 31 Fonds untersucht, 21 davon sind belastet.

Der [Dirty Profits 6 Bericht](#) fordert eine verbesserte Rechenschaftspflicht und Kontrolle von im Rohstoffsektor operierenden Finanzinstitutionen sowie eine deutliche Verbesserung der Unternehmens-Selbstverpflichtungen zu Menschen-, Arbeitsrechten sowie Umweltstandards und Klimazielen.

Der Dirty Profits 6 Bericht, der von der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Stiftung Kindernothilfe, Engagement Global sowie Brot für die Welt finanziert wird, wird am 11.5.18 von 14-16 Uhr im Rahmenprogramm des Katholikentages bei der Veranstaltung Bergbauinvestments und die Folgen für Mensch und Umwelt im Schlossgarten Café, (Schlossgarten 4) in Münster vorgestellt. Gäste aus Brasilien werden über die Folgen des schlimmsten Bergbauunfalls in der Geschichte Brasiliens berichten.

Weitere Informationen sind online zu finden: www.facing-finance.org

Kontakte

Thomas Küchenmeister
Geschäftsführender Vorstand Facing Finance e.V.
+49 (0)175 4964 082
kuechenmeister@facing-finance.org

Barbara Wiegard
Pressesprecherin MISEREOR
Tel. +49 (0)30/44351988, +49 (0)171 3358887
Barbara.wiegard@misereor.de

Dr. Maike Drebes
Friedrich-Ebert-Stiftung
Human Rights and Business/ Decent Work Worldwide/ Development Policy
Global Policy and Development
+49 30 26 935-7469
Maike.Drebes@fes.de

Appendix zur Pressemeldung zum Dirty Profits 6 Report

Dirty Profits 6 Mining (http://www.facing-finance.org/files/2018/05/DP6_ONLINEXVERSION.pdf)

Investmentfonds der Kirchenbanken (http://www.facing-finance.org/files/2018/05/FFG_kirchenbanken-2-Seiter_FINAL.pdf)

Abbildung 1: Kapitalversorgung von kontroversen Bergbau-Unternehmen durch Banken im Zeitraum 2010 bis 2017 in Milliarden € (gerundet)

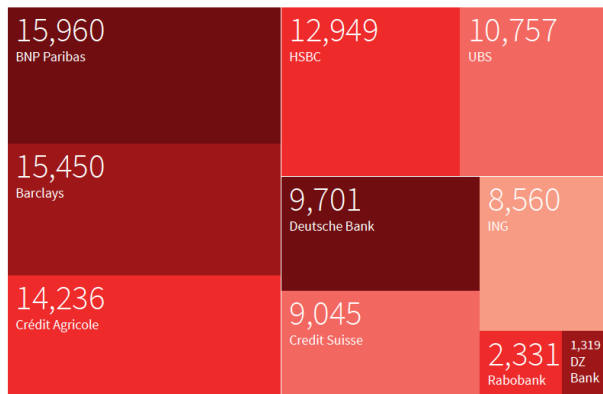
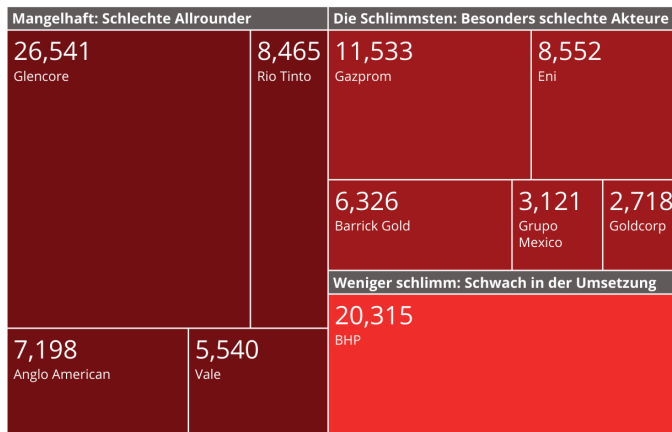


Abbildung 2: Empfänger des von Banken bereitgestellten Kapitals nach Facing Finance Kategorie von 2010 bis 2017 (in Milliarden €)



Quelle: Thomson EIKON Database.